

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Wohnungslosigkeit verhindern

Die SPD-Rathausfraktion betrachtet mit Sorge die bundesweite Entwicklung bei den Wohnungslosenzahlen. „Ursachen hierfür sind unter anderem steigende Mieten und der immer knapper werdende bezahlbare Wohnraum durch Wegfall der Sozialbindung. Deshalb fordern wir von Bund und Land einen konsequenten Ausbau der Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Die Stadt Nürnberg hat hier mit dem „Sonderprogramm Wohnen“ mit dem um die 850 geförderte Wohnungen neu geschaffen werden sollen, bereits wichtige Schritte eingeleitet“, betont Gabriele Penzkofer-Röhl. „Jeder Mensch hat das Recht auf Wohnraum und wir sehen es als wichtige sozialpolitische Aufgabe an in Wohnungsnot geratene Menschen zu unterstützen. Dazu bedarf es eines Bündels an präventiver und nachsorgender Hilfsmaßnahmen hier vor Ort“, so Penzkofer-Röhl weiter.

Die SPD-Sozialpolitikerin Yilmaz ergänzt: „Wir müssen alles daran setzen, den Verlust der Wohnung und damit drohende Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu verhindern und obdachlos gewordene Menschen mit Wohnraum zu versorgen“.

Beide sehen die kommunale Fachstelle für Wohnungsfragen dabei gut aufgestellt, fordern aber neben einem Bericht über die aktuelle Situation in Nürnberg auch die Entwicklung kreativer Konzepte, um auch mehr private Anbieter für die Vermietung an Bedürftige, die kaum Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt haben, zu gewinnen. Sie verweisen dabei auf die Stadt Karlsruhe, die mit dem Programm „Sozial handeln mit Rendite“ von dem sowohl Wohnungslose als auch Eigentümer profitieren, gute Erfahrungen gesammelt hat. Solche Konzepte sollten auch für Nürnberg geprüft werden.

Wichtig ist ihnen auch die Situation in den Pensionen und die sozialpädagogischen Angebote für Wohnungslose, um den Betroffenen nachhaltig den Weg aus der Obdachlosigkeit zu ebnen: „Oft sind die Betroffenen mit multiplen, über die Wohnungslosigkeit hinausgehende Problemlagen konfrontiert, die es zu beheben gilt“, betont Yilmaz.

Einen Appell richten beide an Vermieterinnen und Vermieter auf dem freien Wohnungsmarkt: „Geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß und Geringverdienenden und ALG II-Beziehenden eine Chance und vermieten Sie auch an diese Menschen.“

Nürnberg, 15. Dezember 2017